



## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 28. Nov.** Nach Berichten pr. Dampfer „Hammonia“ aus New-York vom 17. d. hatte der Sonderbunds-Gouverneur in Nord-Carolina dem dortigen Gouverneur der Union eine nachgesuchte Konferenz verweigert und ihn an die Behörden in Richmond gemiesen.

**London, 28. Nov.** Der heutige „Globe“ sagt: Wir sind in der Lage, constatiren zu können, daß die in französischen Journalen mitgetheilte Nachricht von der Vereinigung eines großen englischen Geschwaders im Pyraeus jedes Grundes entbehrt.

**Paris, 28. Nov.** Die heutige „France“ theilt mit, daß Rußland gewichtige Einwendungen gegen die Candidatur des Prinzen Alfred gemacht. Eine Mittheilung in diesem Sinne soll vom Petersburger an das londoner Cabinet ergangen sein.

Einem Telegramm aus Cadix vom heutigen Tage zufolge soll Prinz Alfred Gibraltar verlassen und sich nach Algier begeben haben.

**Turin, 27. Nov., Nachts.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer sprach Nicotera von seiner Zusammenkunft mit Ratazzi, bevor dieser zu seiner jetzigen Stellung im Ministerium gelangt war, und berief sich auf die von Ratazzi der Linken damals gemachten Versprechungen; Ratazzi leugnete dies. Mordini leugnete, daß seine und seiner Kollegen Verhaftung erfolgt sei, weil sie auf offener That ertappt seien, sie wären zum Zweck der Versöhnung nach Sicilien gegangen, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Nachdem sie zu Neapel verhaftet worden wären, habe man sie nach Turin gebracht.

## Preußen.

**Berlin, 28. Nov.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben gestern Nachmittag um 2 Uhr dem kaiserlich russischen Geheimen-Rath, Baron von Budberg, eine Privat-Audienz zu bewilligen und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Rußland entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe von dem Posten eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am hiesigen königlichen Hofe abberufen wird.

Um 3 Uhr erhielten Allerhöchstdieselben dem bisherigen königlich großbritannischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Lord Augustus Loftus, eine Privataudienz, worin derselbe sein Abberufungsschreiben zu überreichen die Ehre hatte.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Forstmeister a. D. von Schimmelmänn zu Eplingen im Kreise Gardelegen den königl. Kronenorden zweiter Klasse zu verleihen; und den bisherigen Konsular-Agenten Alexander Haemmerle in Taganrog zum Vice-Konsul daselbst zu ernennen.

Der Lehrer Wilhelm Witop ist zum Provinzial-Gewerbeschullehrer ernannt und an der Provinzial-Gewerbeschule zu Aachen angestellt worden. (St. A.)

**Berlin, 28. Nov.** [Offizielle Nachrichten.] Die „Stern-Ztg.“ schreibt: Das in unserem heutigen Morgenblatte mitgetheilte und in Folge eines Schreibfehlers als am 26. d. M. abgehandelt bezeichnete Schreiben des königl. Präsidenten des Staatsministeriums und Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den kurfürstlichen Minister des Auswärtigen, von Dehn-Rothselder, vom 24. d. M., ist an demselben Tage nach Kassel abgegangen und am 25. d. M. Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten vorgelegt worden. — Dte am 26. d. M. hier eingetroffene Antwort stellt eine Verständigung mit dem in aller Kürze wieder einzuberufenden Landtage in Aussicht, und es ist auch gefestigt bereits der vertagte kurfürstliche Landtag auf den 4. t. M. wieder nach Kassel berufen worden. — Der „Württemberg. Staats-Anz.“ vom 26. d. M. veröffentlicht eine Depesche, welche der württembergische Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter dem 20. d. M. an den württembergischen Gesandten in Berlin in der Handels-Vertrags-Sache erlassen hat. Diese Depesche ist hier mitgetheilt, eine Antwort darauf indeß nicht erfolgt, und es wird, wie wir hören, eine solche auch nicht beabsichtigt.

**Berlin, 28. Nov.** [Neue Antwort des Königs.] Ein berliner Blatt ist durch den Vorstand der „Patriotischen Vereinigung“ in den Stand gesetzt, die Antwort zu veröffentlichen, welche Se. Maj. der König am 25. d. der Deputation dieses Vereins gab, die damit beauftragt war, die Adresse des Vereins Sr. Majestät zu überreichen. Die Deputation bestand aus den Herren v. Olfers, Wirkl. Geheimen Rath (Sprecher), Arnold, Tischlermeister, v. Brandt, General der Infanterie z. D., Dr. Burs, Geh. Sanitätsrath, Engels, Fabrikbesitzer, Frisch, Oberlieutenant a. D., Gamet, Präsident, M. Gerson, Kaufmann, P. Gropius, Fabrikbesitzer, Hindersin, Rentant, Hoffauer, Commercienrath, v. Jacobs, Geh. Commerzienrath, Knönagel, Eigenthümer, Kupfer, Lehrer, Sievers, Zimmermacher, Vogt, Buchbindermeister. Der Sprecher leitete die Uebersendung mit folgenden Worten ein:

Die patriotische Vereinigung, welche jüngst hier zusammengetreten ist, und sich einer wachsenden Theilnahme unter allen Ständen erfreut, will nicht einen neuen Verein zu den vielen anderen schon bestehenden fügen, oder eine neue Partei in die Verwirrungen des Tages werfen, sie will nicht Mitglieder werden, indem sie zwischen Recht und Unrecht eine unheilvolle Verwickelung sucht, vielmehr will sie das Recht, welches überall von den Parteien-Mitgliedern willkürlich und unwillkürlich verunstaltet wird, von diesen zu befreien und es klar hinzustellen suchen, daß es wieder rein und belebend in die Herzen des Volkes schine, das Recht, seine höchsten Angelegenheiten von seinem Könige selbst und den von ihm gewählten Männern seines Vertrauens, nicht aber von den aufgedrungenen Mehrheitsgesetzen einer Partei geleitet und durch diese in alle Extreme gejerrt zu sehen, das Recht, das seine Verfassung und seine Gesetze als ein Gemeingut beobachtet, bewahrt und gepflegt, nicht aber zur Verstärkung von Parteieinfluß und zur Schwächung des Ansehens der Krone und des Landes mißdeutet werde, das Recht, zu verlangen, daß eine seit Jahren als dringend notwendig erkannte, von seinem Könige mit der größten Pflichttreue lange vorbereitete, den Fortbestand der Kampfesfähigkeit des gesammten Volkes allein sichernde Maßregel mit fester Hand durchgeführt werde, damit Preußen seine Weltstellung behaupten könne, und nicht zu dulden, daß sie, um Parteizwecke zu fördern, abgeschwächt und unmöglich gemacht werde. Wenn ich noch den Wunsch hinzufügen, unter der starken und gerechten Leitung unseres Königs in offenem Vereine mit den übrigen Fürsten Deutschlands (beispielsweise mit dem Kurfürsten von Hessen) Jedenfalls eine ganz vorzügliche Einigung! (D. Red.) Große und Kleine, die edle Einigung unseres gesammten Vaterlandes in seinen wesentlichen Interessen herbeigeführt zu sehen, damit es nicht italienisirenden Einheitsphantasmen mit ihrem endlosen Gefolge von Unglück aller Art verfallen, so habe ich Alles genannt, was die patriotische Vereinigung erstrebt. In dieser Gesinnung ist die Adresse verfaßt, deren Verlesung Ew. Majestät zu gestatten geruhen wollen.

Hierauf erfolgte die Verlesung der Adresse. Se. Majestät ließ sich sodann die Mitglieder der Deputation vorstellen und erwiederte etwa Folgendes:

Alles, was Sie in Ihrer Ansprache und in der eben vorgelesenen Adresse hervorgehoben haben, umfaßt dasjenige, worauf Mein Bestre-

ben beständig gerichtet gewesen ist. Es freut mich, daß Sie zusammengetreten sind, um Meine nur zu oft entstellten Absichten dem Volke klar zu machen. Dagegen schmerzt es mich, es aussprechen zu müssen, daß gerade in der Residenz eine Verwirrung der Gemüther sich geltend macht, welche eine klare Ansicht der Dinge nicht aufkommen läßt. Sie haben mit Recht die Reorganisation der Armee als Mein eigenes Werk bezeichnet, wie ich schon wiederholt ausgesprochen habe. Ich habe manche Modification eintreten lassen, soweit dies geschehen konnte, ohne das Prinzip aufzugeben, von welchem ich nicht lassen werde; Ich habe daher das große Opfer gebracht, die Vollendung desselben länger hinauszuschieben, und Beschränkungen eintreten zu lassen, um es möglich zu machen, daß keine neuen Lasten dem Volke auferlegt, vielmehr bestehende erleichtert würden. Sie meinen, daß die Krisis, in der wir leben, eine hoffentlich kurze sein werde. Ich wünsche Ihren Bemühungen den besten Erfolg, kann aber diese Hoffnung nicht theilen. Die Versicherung gebe ich jedoch, daß, wie auch immer die Sachen sich wenden mögen, die Zeit mich fest finden wird, und daß ich dem Parteitreiben mit Ruhe und Besonnenheit entgegen treten werde. Auch von Ihnen erwarte ich, daß Sie dahin wirken werden, die Meinung im Publikum zu bessern; denn die Presse ändert nichts in diesem Sinne, vielmehr mißbraucht sie vielfach die Freiheit, welche ihr in so reichem Maße geboten und nie verkümmert worden ist; sie richtet einen Schaden an, welcher durch die gut Gesinnten auf demselben Felde schwer zu heilen ist. Alle Worte, die hier gesprochen werden, kommen in die Oeffentlichkeit, und ich bin damit wohl zufrieden; aber sie werden gefühllos entlehnt. Ich kann Vieles ertragen, weil ich über den Parteien stehe; aber Einen Fall muß ich nennen, der mich aufs Tiefste schmerzt und erschüttert hat. Die Berliner Presse \*) hat sich so weit vergriffen, daß sie die Worte aus einem geistlichen Gesange, der in Aller Munde und Herzen ist — „Gott sitzt im Regimente“ — bei Erwähnung der Anrede eines Geistlichen mißdeutet hat, als wenn Meine Person zur Gottheit gemacht werden sollte. Man sollte nicht meinen, daß eine solche Entstellung in Preußen möglich sei, da sie nur darans berechnet sein kann, das Volk glauben zu machen, der König denke an solche Deutung! Schwer wird es deshalb Ihnen werden, Ihr vorgesehtes lobenswerthes Ziel zu erreichen; Ich wünsche Ihnen dazu Glück und vor Allem Muth!

[Vom Hofe.] Se. Maj. der König empfing heute Vormittag behufs der Vorträge den Minister des königl. Hofes, den Kriegsminister und den General-Intendanten der königl. Schauspiele. — Ihre Majestät die Königin geruhte am gestrigen Nachmittag dem k. russischen und dem k. großbritannischen Gesandten ihre nachgesuchte Abschieds-Audienz zu ertheilen. — S. M. die Königin-Wittwe ertheilte heute Mittags den zum russischen Votschafter in Paris ernannten Bar. v. Budberg auf Schloß Sanssouci eine Abschieds-Audienz. Morgen geht Baron v. Budberg auf seinen neuen Posten von hier nach Paris ab. Heute giebt derselbe im russischen Gesandtschafts-Hotel noch ein Abschieds-Diner.

[Depesche des Herrn v. Bismarck an Herrn v. Dehn-Rothselder.] Die „Stern-Ztg.“ veröffentlicht die von Berlin nach Kassel an den Vorstand des kurfürstlichen Departements des Auswärtigen, Herrn v. Dehn-Rothselder, abgegangene Depesche ihrem Wortlaut nach. Die Depesche entspricht genau den uns von Berlin aus mitgetheilten Inhaltsangaben.

Berlin, 24. November 1862.

Da auch in Folge des von meinem Herrn Amtsvorgänger unter dem 26. September d. J. an Ew. Hochwohlgeborenen gerichteten Schreibens von Sr. königlichen Hoheit dem Kurfürsten Schritte zur Wiederherstellung regelmäßiger diplomatischer Beziehungen mit Preußen noch nicht beliebt worden sind, so wähle ich den Weg einer unmittelbaren schriftlichen Mittheilung, um das Folgende zur Kenntniß der kurfürstlichen Regierung zu bringen.

In dem Ew. Hochwohlgeborenen bekannten Erlaße an den königl. Bundestags-Gesandten vom 15. v. Mts. sprach die königl. Regierung Wunsch und Hoffnung aus, daß der Zusammentritt der damals einberufenen kurfürstlichen Ständeversammlung, bei Erfüllung aller in der kurfürstlichen Verordnung vom 21. Juni d. J. gemachten Zusagen und gemäßigter Haltung des Landtages selbst, zu einer Erledigung des Verfassungsstreites führen werde.

Die königliche Regierung gab hiervon ihren deutschen Bundesgenossen Kenntniß, und es wurde unmittelbar darauf von dem kaiserl. österreichischen Kabinete eine der diesseitigen ganz entsprechende Aeußerung nach Kassel gerichtet, von den übrigen deutschen Regierungen uns aber das vollste Einverständnis zu erkennen gegeben.

Daß unser wohlmeinender Rath eine gleiche Aufnahme an der entscheidenden Stelle in Kurhessen nicht gefunden hat, ergeben leider die That-sachen.

Von der jetzt vertagten Ständeversammlung ist sichtlich ein großes Maß von Bereitwilligkeit zur Beendigung des viel-jährigen Haders und zur Herstellung eines dauernden Friedens an den Tag gelegt, \*\*) aber nicht durch Entgegenkommen der kurfürstlichen Regierung erwidert worden.

Die vorhandenen Schwierigkeiten sind durch Bögen und Hinhalten gesteigert, und es besteht die Gefahr unabsehbarer Verlängerung des Streites, dessen Beilegung das in der kurfürstlichen Verordnung vom 21. Juni d. J. gegebene Wort bestimmt erwarten ließe.

Die königliche Regierung kann jedoch zwischen ihren Provinzen, inmitten von Deutschland, einen Herd von sich stets erneuernder Aufregung und Unruhe schon in ihrem eigenen Interesse nicht fortpflanzen lassen.

Deshalb wiederhole ich ergebenst durch das gegenwärtige Schreiben die dringende Aufforderung, daß endlich für die Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurhessen, wie der Bundesbeschluß vom 29. Mai d. J. denselben verlangt, das Geeignete geschehen und in diesem Sinne mit dem Landtage im Geiste wirklicher Verbündlichkeit verhandelt werden möge.

Sollte diese Aufforderung sich wider Verhoffen als erfolglos erweisen, so würde die königl. Regierung die Abhilfe zwar zunächst durch Vermittelung des deutschen Bundes suchen. In so fern aber auf solchem Wege sich eine Remedur nicht so vollständig und so schnell erreichen läßt, als die königl. Regierung dieselbe verlangen muß, ist es die, auch seit dem Frühjahr dieses Jahres unverändert gebliebene Absicht Sr. Majestät des Königs, das dabei von dem Interesse Kurhessens und Deutschlands nicht verschiedene eigene Interesse durch eigene Mittel zu wahren und hierbei zu beharren, bis, unter Zuziehung der Agnaten Sr. königl. Hoh. des Kurfürsten, dauernde Bürgschaften gegen die Wiederkehr ähnlicher Mißstände als die jetzigen gewonnen sind.

Empfangen Ew. Hochwohlgeborenen die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der königl. preussische Minister-Präsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. (gez.) v. Bismarck.

\*) Die „Post-Ztg.“  
\*\*) Paß, nebenbei gesagt, Wort für Wort auf das preussische Abgeordnetenhaus.

[Pressprozeß.] Das Criminalgericht verhandelte heute wiederum verschiedene Pressprozeße. Der Redacteur der „Berliner Abendzeitung“, Thieme, war angeklagt, durch einen in der Nr. 236 enthaltenen Leitartikel „Englische und preussische Aristokratie“ gegen den preussischen Adel zu Haß und Verachtung angereizt zu haben. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Bernicht wurde die Nr. 292 des „Bund“ wegen Beleidigung des Staats-Ministeriums, und verhandelt wurde gegen die „Hamburger Reform“ und den „Londoner Bund“ unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Majestäts-beleidigung.

[Landes-Deconomie-Collegium.] Der Beginn der bevorstehenden Sitzungsperiode des Landes-Deconomie-Collegiums ist auf Montag, den 15. Dezember, festgesetzt worden.

**Berlin, 28. Nov.** [Die württembergische Antwort in der Angelegenheit des Handelsvertrages.] Der „St.-Anz. für Württemberg“ veröffentlicht die Antwort, welche der württembergische Minister des Auswärtigen, Hr. v. Hügel, auf die neueste preuss. Depesche in der Handelsvertrags-Angelegenheit an den württembergischen Gesandten in Berlin, Grafen z. Linden, erlassen hat. Die bemerkenswerthe Stelle derselben lautet:

... Wenn Herr v. Bismarck die Bemerkung beifügt, es bleibe ihm nur übrig, nun auch seinerseits offen auszusprechen, daß in der erneuerten Erweiterung der Zustimmung Württembergs zu jenem Verträge die königl. preussische Regierung den Ausdruck unfreies Willens erblicke, den Zoll-Verein mit ihr über die gegenwärtig laufende Vertragsperiode nicht fortzusetzen, so vermag ich mein höchstes Erstaunen darüber nicht zu bergen, wie ungeachtet der düngstigen und allerbestimmtesten Gegenerklärung in meiner Note vom 20. September d. J. der königl. preussische Herr Minister auf diese Behauptung zurückkommen konnte. Die Unterstellung, als ob wir bei Ablehnung des Vertrages von der Absicht geleitet gewesen seien, aus dem Zollverein auszusteigen, ist eine durchaus willkürliche. Nie haben wir einen solchen Wunsch geäußert oder gar beabsichtigt. Ganz besonders überraschend ferner war mir der Umstand, daß Herr v. Bismarck uns gegenüber kurzweg die gedachte Behauptung aufstellte, während er in der mir gleichzeitig eröffneten Erwiderung an die königl. bayerische Regierung der Befriedigung darüber Ausdruck verleiht, daß man bairischerseits noch eine Annäherung in Aussicht genommen habe. Auch meine Note vom 20. September d. J. enthielt ähnlich wie die bairische, deren der preussische Herr Minister Erwähnung thut, die Bemerkung, daß wir aufrichtig eine Verständigung wünschten. Ich muß daher bezweifeln, daß der Wortlaut dieser Note die beliebte Unterstellung rechtfertigt. Andererseits kann ich auch nicht annehmen, daß dieselbe auf bloßer Willkür, noch weniger, daß sie etwa auf der Absicht beruhe, die beiden süddeutschen Regierungen von einander zu trennen, oder gar die Agitation der Bevölkerung wachzurufen. So wenig ich aber auch gemeint sein kann, bei den mir wohlbekannten Anschauungen der königlichen bairischen Regierung, mit welcher wir in vorliegenden der Frage auf gleichem Boden zu stehen uns bewußt sind, dem Umstände einer solchen Unterstellung ein weiteres Gewicht beizulegen, so wäre mir doch von Interesse, zu erfahren, aus welchen Gründen der königliche preussische Herr Minister des Auswärtigen bei der königl. württembergischen Regierung weniger, als bei der königl. bairischen eine ernsthafte Absicht, den Zollverein ungeschmälert aufrecht zu erhalten, voraussetzen zu dürfen glaubt. ...

Herr v. Hügel — fügt die „Kreuzztg.“ hinzu — ist also erkaunt, daß die preussische Regierung in seiner neulichen Ablehnung des Handelsvertrages „den Ausdruck des Willens erklart, den Zollverein mit uns über die gegenwärtig ablaufende Vertragsperiode nicht fortzusetzen“; er behauptet, das wolle er nicht. Und doch hat er bisher nur so gehandelt, daß der Zollverein — wenn der württembergische Minister seine Pläne durchsetzt — sich auflösen muß. Die preussische Auffassung ist also durchaus richtig und es wird dabei zu verbleiben haben. Und wenn Preußen der bairischen Regierung concilianter geantwortet hat, so wird das in Folge der bairischen Depesche geschehen sein, die minder rasch verfuhr als die des Herrn v. Hügel. Wenn der württembergische Minister in seiner früheren Depesche so kurzweg alle Brücken abbrach, so wird er sich nicht wundern dürfen, daß der Grenzfluß für ihn zur Zeit schwerer passierbar geworden.

**Danzig, 27. Novbr.** [Die Fregatte „Gefion“] ist, dem „D. D.“ zufolge, nach einer gestern hier eingetroffenen Depesche glücklich in Plymouth eingetroffen.

**Duisburg, 27. Nov.** [Die Zustimmungs-Adresse an das Haus der Abgeordneten.] mit 4945 Unterschriften versehen, an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Oberbürgermeister Grabow, ist in Abschrift sowohl dem königl. Staatsministerium, als auch dem Präsidenten des Herrenhauses, Grafen Stolberg-Wernigerode, zur Kenntnisaufnahme mitgetheilt. Der Letztere hat die Annahme derselben in folgendem Schreiben abgelehnt: „Da die amtliche Thätigkeit der Präsidenten beider Häuser des Landtages mit dem Tage der Entlassung der Häuser aufhört, hält sich der Unterzeichnete nicht für berechtigt, Mittheilungen an das Herrenhaus anzunehmen. Schloß Kreppehof bei Landeshut, den 24. November 1862. Gerhard Graf zu Stolberg-Wernigerode, Oberlieutenant der Landwehr-Kavallerie.“

## Deutschland.

**München, 27. Nov.** [Die Rückäußerung Preußens] auf die Antwortnote Baierns in der Handelsvertrags-Angelegenheit ist weniger schroff, als die von Berlin nach Stuttgart gefandte. Herr v. Bismarck glaubt aus dem bairischerseits kundgegebenen Wunsche nach einer Verständigung die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß Baiern noch eine Annäherung in Aussicht genommen habe, und sieht darüber weiteren Aeußerungen des Herrn v. Schrenk entgegen.

**Kassel, 26. Nov.** [Die Lage der Dinge. — Constatign.] Gestern Abend spät wurden noch die seitherigen Minister v. Stierberg, v. Dehn-Rothselder u. s. w. ins Palais des Kurfürsten befohlen, woselbst sie mehrere Stunden verweilten. Mit dem um 10 Uhr hier ein-treffenden thüringischen Bahnzuge kam der Feldmarschall-Lieutenant v. Schmerling, wurde von dem Personal der österreichischen Gesandtschaft auf dem Bahnhofe empfangen, und nahm sein Absteige-Quartier im Gasthofe zum „König von Preußen.“ Heute Morgen fand abermals eine Ministeritzung statt. Nach 12 Uhr fuhr Herr v. Schmerling ins Ministerium. Der königl. preussische Feldjäger-Lieutenant v. Dombrowsky, welcher gestern die Note der preussischen Regierung an den Vorstand des Ministeriums des Auswärtigen, Staats-rath v. Dehn-Rothselder, überbrachte, ist heute Mittag wieder abgereist. Die Ordre, wodurch der Hauptmann Bauer zum Ordnonanzoffizier des Feldmarschall-Lieutenants v. Schmerling ernannt wurde, ist zurückgezogen, da derselbe hier nicht in militärischer, sondern in diplomatischer Eigenschaft auftritt. Wie es allgemein heißt, habe der Kurfürst wieder nachgegeben und das seitherige Ministerium rehabilitirt, die Einberufung der Ständeversammlung auf den 9. t. M. (nach dem Telegramm auf den 4. d.) angeordnet, und mehreren denselben zu machenden Vorlagen die allerhöchste Genehmigung ertheilt. — Die „Post-Morgenztg.“, mit einem langen leeren Raum an der Spitze des heutigen Blattes, berichtet: Unsere heutige Nr. 1071 ist wegen eines Reiters über die Sachlage und über die Mittel und Wege, welche zur Wahrung der Landesrechte und der Landeswohlfahrt verfassungsmäßig zu Gebote stehen, von kurfürstlicher Polizeidirection mit Beschlag

Griechenland.

Athen, 22. Nov. [Das Wahlprogramm der Regierung] garantiert vollkommene Wahlfreiheit. Beamte, welche sich in die Wahl einmischen, werden mit Entlassung bedroht.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 22. Nov. [Note an Griechenland.] Die Pforte richtete eine freundschaftliche Note an die griechische Regierung bezüglich der letzten in Konstantinopel vorgefallenen Demonstrationen der Hellenen.

Aus Anlaß der Geburt eines Prinzen fanden Freudenbegehrungen statt, und erhielten viele Personen Geschenke. Die Soldaten dreier unlangst aus Montenegro zurückgekehrter Bataillone erhielten jeder 300 Piafter.

Breslau, 29. November. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: auf der Breslauer Chaussee sieben Stück genarbter schwarzer Butskin mit gelben und weißen Seidenfäden durchgehogen.

Verloren wurden: ein Gefändienstbuch, auf den Haushälter Wilhelm Bretschneider lautend; ein Fuhlsack.

Angelommen: Seine Durchlaucht Herzog von Ujest Fürst zu Hohenlohe-Dehringen aus Schwabenpäß.

Breslau, 27. Nov. [Der Verein zur Verbreitung der Wissenschaft des Judentums.] Der vorigen Jahr hierorts gegründete Verein, hat seine Vereinsabende am Mittwoch den 26. d. M. mit einem Vortrage des Hrn. Rabbiner Dr. Geiger über „Jüdische Dichter“ eröffnet.

Aus dem Kreise Lauban, 21. Nov. [Der landwirthschaftliche Verein zu Marklissa] beschäftigte sich zunächst in seiner letzten Sitzung mit dem Ergebnis der Ernte.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 5 columns: Station, Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Rows for Breslau, Berlin, and Wien.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 28. Nov., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 70, 45, hob sich auf 70, 50 und schloß matt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen.

Anleihe 66%. Deferr. Credit-Aktien 89%. Vereinsbank 102 1/2. Nordb. Bank 103 1/2. Rheinische 96. Nordbahn 61 1/2. Disconto 3 1/2-3 3/4. Weizen loco sehr fest einzuhalten.

Berliner Börse vom 28. November 1862.

Complex table with multiple columns: Fonds- und Geld-Course, Ausländische Fonds, Actien-Course, Wechsel-Course, and Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

Berlin, 28. Novbr. Weizen loco 63-73 Tbr. nach Qual. Roggen loco 53-53 1/2 Tbr. frei Haus und ab Bahn bez., Novbr. 56-55-55 1/2-56 Tbr. bez., Novbr. 46 1/2-46-1/2 Tbr. bez., 1/4 Tbr. Br., Frühjahrs 44 1/2-1/4 Tbr. bez.

Breslau, 29. Novbr. Wind: Ost. Wetter: bewölkt. Thermometer Früh 1° Wärme. Barometer 27" 11". Eis der Oer. Obwohl die Angebote von Getreide sich nur in mittelmäßigem Umfange erhielten, war die Stimmung im Allgemeinen sehr flau.